



Grundsatzpapier

Grundsatzpapier

Inhalt

1. **Einleitung** (S. 3)
2. **Analyse** (S. 4 – 26)
 - 2.1 Macht und Herrschaft (S. 5 - 7)
 - 2.2 Triple Oppression (S. 8 - 15)
 - 2.3 Bürgerliche Demokratie (S. 16 - 17)
 - 2.4 Faschismus (S. 18 - 19)
 - 2.5 Nationalismus (S. 20)
 - 2.5.1 Nationale Befreiungsbewegungen(S. 21)
 - 2.6 Imperialismus (S. 22 - 23)
 - 2.7 Antisemitismus (S. 24 – 26)
3. **Für eine sozialrevolutionäre Perspektive** (S. 27 – 28)

1. Einleitung

Wir als radikale Linke befinden uns seit Jahrzehnten in einer gesellschaftlich isolierten Position. Obwohl auch in Europa immer mehr Menschen so langsam klar wird, dass in dem weltweit bestehenden System der Mensch nicht an erster Stelle steht, scheint es keine realistische Alternative zum Kapitalismus zu geben. Linke Politik¹ macht sich vielmehr als Subkultur und in Abgrenzung vom Rest der Gesellschaft bemerkbar. Hier die „Szene“, dort die Gesellschaft. Politik wird meist von der „Szene“ für die „Szene“ gemacht, wir hangeln uns von einem Thema zum nächsten, erzielen hier und da Erfolge, aber ziehen daraus wenig Gewinn, weil wir unsere Positionen kaum in die Gesellschaft tragen. Tiefgreifende Veränderungen können aber nicht von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe ausgehen, sondern benötigen eine große gesamtgesellschaftliche Bewegung. Zum Aufbau einer solchen ist es notwendig die bestehende Marginalität² linker Politik und Gesellschaftsentwürfe zu durchbrechen.

Eine revolutionäre Bewegung entsteht durch Initiative, Organisation und Kontinuität. Darin sehen wir den einzigen Weg zur Entwicklung einer Perspektive, die weltweit herrschenden Verhältnisse zu überwinden.

Deshalb werden wir uns in Zukunft als ansprechbare organisierte Gruppe mit kontinuierlicher theoretischer und praktischer Arbeit auf allen Ebenen in die sozialen Auseinandersetzungen einbringen und revolutionäre Inhalte in die Gesellschaft tragen.

1: **Linke Politik:** Wenn wir im folgenden von „Linker“ Politik sprechen, meinen wir damit linksradikale, also revolutionäre Politik

2.: **Marginalität:** Bedeutungslosigkeit, eigentlich aus der Soziologie „am Rande einer Gruppe stehen“

Es steht fest, dass revolutionäre Politik einer tiefgehenden Analyse der bestehenden Verhältnisse bedarf, aber mit dieser Analyse auch eine zielgerichtete Praxis einhergehen muss. Unser Anspruch ist es, durch ständige Kritik und Selbstkritik unsere Analyse und Praxis immer wieder zu hinterfragen, zu erweitern und zu verbessern.

„Fragend schreiten wir voran.“ (EZLN)

2. Analyse

2.1 Macht und Herrschaft

Als Grundlage für unsere Analyse wollen wir die Begriffe *Macht* und *Herrschaft* für uns klären, um damit arbeiten und umgehen zu können, sowie in Diskussionen Missverständnisse vorzubeugen. Häufig kommt es zur Gleichsetzung von Macht und Herrschaft, außerdem werden beide Begriffe vielseitig verwendet, ohne dass das Selbe darunter verstanden wird.

Der Begriff **Macht** ist im Alltagsverständnis vieler Menschen oft nicht klar definiert, oder wird zumindest sehr unterschiedlich verstanden und interpretiert.

Dies liegt zum großen Teil daran, dass der Begriffsinhalt oft wertend belegt ist, das bedeutet, dass dem Begriffsinhalt eine positive oder negative Wertung zugeschrieben wird. Dies bringt wiederum Assoziationen oder Interpretationen von unterschiedlicher Bedeutung mit sich. Eine absolut feststehende, allgemeingültige und von allen anerkannte Definition des Wortes Macht gibt es nicht, noch erheben wir Anspruch auf eine solche Definition. Wir wollen lediglich für den Begriff einen gemeinsamen Nenner zum diskutieren bieten.

Wir maßen uns nicht an, andere Definitionen oder Verständnisse des Begriffes zu überschreiben oder für ungültig zu erklären. Der Begriff soll erfasst werden um ihn anschließend in diesem Text nutzen zu können und aus der hier gegebenen Begriffsdeutung Herrschaft abzuleiten und eine Differenzierung vorzunehmen.

Der Begriff „Macht“ wird in vielen Bereichen wie z.B. Psychologie, Soziologie, Kulturwissenschaften, Wirtschaft, Philosophie, Sexualität, dem sozialen Alltag und vielen weiteren Bereichen genutzt und teilweise unterschiedlich ausgelegt.

Die Gemeinsamkeit unterschiedlicher Bereiche lässt sich in folgenden Teildefinition zusammenfassen:

- Macht beschreibt die **Fähigkeit, Einfluss** auf etwas (Gedanken, Handlungsabläufe, Strukturen, etc.) (auch gegen Widerstände/ohne Zustimmung) **auszuüben**.
- Macht beschreibt die **Fähigkeit, Interessen** (auch gegen Widerstände/entgegen anderer Interessen/ohne Zustimmung) **durchzusetzen**.

Nach dieser Definition beschreibt der Begriff Macht also nicht mehr als eine Fähigkeit zur Einflussausübung. (*Macht an sich ist formlos. Das heißt, sie ist weder positiv, noch negativ.*)

So gesehen scheint Macht wertlos bzw. wertneutral zu sein und nimmt keine feste bzw. klare Form an. Das heißt der Begriff Macht ist weder positiv noch negativ, wird aber individuell unterschiedlich gewertet.

Da es keine allgemeingültige Definition von Macht gibt und viele Menschen den Begriff für sich selber individuell definieren und interpretieren sowie aufgrund der Tatsache dass im Alltagsverständnis der Begriff meist wertend belegt ist, wird versucht, den Begriff in unseren Texten, außer zur Herleitung von Herrschaft und der Erläuterung bestimmter Unterdrückungsmechanismen, nicht zu nutzen.

Herrschaft definiert die Art einer Beziehung zwischen Elementen.

Im Gegensatz zu Macht bezieht sich Herrschaft nicht nur auf die irgendwie geartete Möglichkeit/Fähigkeit zur Durchsetzung von Interessen gegen andere Interessen, sondern bedarf des Momentes des Gehorsams³ durch den/die Adressat_in der Macht, auch verbunden mit Zwang. Fester Bestandteil von Herrschaft ist die Unterdrückung.

3: Gehorsam bedeutet in diesem Fall nicht nur sich freiwillig zu beugen, sondern die Durchsetzung der jeweiligen Interessen mit allen Mitteln (also wird auch erzwungener Gehorsam in diesem Fall als Gehorsam bezeichnet)

Ein besonderes, stabilisierendes Merkmal von Herrschaftsrelationen nimmt das Phänomen der Institutionalisierung ein, welches labilen, und auf Konkurrenz und Kampf beruhenden Machtverhältnissen meist fehlt. Damit verbunden setzt Herrschaft ein bestimmtes Maß von Kontinuität voraus.

Es werden also durch Herrschaft als institutionalisierte Form von Über- und Unterordnung Hierarchien geschaffen, Unterdrückung wird ermöglicht. Durch Institutionalisierung, Kontinuität und Gehorsam wird somit eine Ordnung zwischen Elementen innerhalb eines Systems geschaffen.

Herrschaft zeigt sich oft in gesellschaftlichen Verhältnissen, wobei die herrschenden Elemente nicht zwangsläufig Personen sein müssen. Auch müssen sie die Verhältnisse nicht selbst geschaffen haben. Die Elemente innerhalb eines Systems in dem Herrschaft vorhanden ist, müssen diese lediglich reproduzieren.

Aufgrund von Herrschaftsverhältnissen werden unter anderem Menschen und Tiere unterdrückt.⁴

Es gibt heutzutage diverse Unterdrückungs- und Herrschaftsmechanismen. Viele sind offensichtlich, andere wirken subtil.

Grundlegend kritisieren wir jegliche Herrschaft und lehnen diese ab.

4: Unterdrückte Elemente können sein: Menschen, Kollektive, Tiere, Strukturen, Institutionen, Handlungsweisen

2.2 Triple Oppression

Für uns ist es offensichtlich, dass die weltweit herrschende Ordnung nicht dem Nutzen aller Menschen dient, sondern der Ausbeutung und Unterdrückung der meisten Menschen. Diese Ordnung baut auf drei wesentlichen Unterdrückungsmechanismen auf: Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus. Diese bilden ein alle Bereiche des menschlichen Lebens durchziehendes Geflecht von Herrschaft. Diese Herrschaftsverhältnisse können unabhängig voneinander existieren, sind aber in unserer heutigen Gesellschaft miteinander verwoben und unterstützen sich meist gegenseitig.

Die ökonomische Struktur einer Gesellschaft bildet ihre Basis, die alle übrigen Strukturen entscheidend prägt. Daraus folgt, dass ein Umsturz der Verhältnisse die wirtschaftlichen Grundlagen des Systems verändern muss. Gleichzeitig erkennen wir, dass ein solcher ökonomischer Umsturz nicht automatisch die Befreiung von jeglicher Unterdrückung bedeuten muss, sondern dass der Kampf gegen Rassismus, das Patriarchat und andere Herrschaftsverhältnisse gleichsam bedeutend ist. Dieser Kampf muss im Hier und Jetzt geführt werden, und darf nicht der Überwindung des Kapitalismus untergeordnet werden.

Das Grundprinzip des **Kapitalismus** ist die Wertsteigerung⁵, die durch Abschöpfung von Arbeitsleistung und der Unterteilung in Klassen möglich gemacht wird. Dies basiert auf dem Widerspruch zwischen Lohnabhängigkeit und Besitz der Produktionsmittel⁶, dem Gegensatz der herrschenden Minderheit - für deren Profitmaximierung die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft notwendig ist, denn allein können Geld und Kapital nicht arbeiten - und der Mehrheit, die gezwungen ist ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die Realität des Kapitalismus sorgt für eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von „Unten“ nach „Oben“ zum Nutzen der besitzenden Klasse. Die besitzende Klasse und die Arbeiter_innenklasse⁷ haben gegensätzliche Interessen, die Besitzenden Profitmaximierung und die Arbeitenden einen höchstmöglichen Gegenwert für die geleistete Arbeit, bis hin zu einem vollen Gegenwert zu erhalten. Dies ist im Kapitalismus nicht möglich, deswegen ist die lohnabhängige Klasse die, die das größte objektive Interesse an einer Umwälzung der Besitzverhältnisse hat. Das schließt nicht aus, dass einzelne Menschen dieser Klasse andere Interessen verfolgen bzw. trotz ihrer Position im System den Kapitalismus befürworten und, dass ein großer Teil der lohnabhängigen Klasse, vor allem in Deutschland sich nicht der Tatsache bewusst ist ausgebeutet zu werden, bzw. Teil der ausgebeuteten Klasse zu sein.

5: **Wertsteigerung:** Steigerung des Tauscherts einer Sache durch Investition von z. B. Arbeit

6: **Produktionsmittel:** Arbeits- und Betriebsmittel, die zur Herstellung von Gütern notwendig sind (Gebäude, Maschinen, Nutz- und Verkehrsflächen, usw.)

7: **Arbeiter_innenklasse:** (auch lohnabhängige Klasse oder Proletariat) Bezeichnet alle Menschen die zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen sind und keine Produktionsmittel oder sonstiges größeres Kapital besitzen

In den letzten Jahren hat sich die Gesellschaft hin zu einer post-industriellen Dienstleistungsgesellschaft entwickelt. Der Großteil der lohnabhängigen Klasse in Europa arbeitet nicht mehr in der Fabrik, sondern im Dienstleistungssektor. Dies ändert jedoch nichts an der Lohnabhängigkeit und somit ihrer Zugehörigkeit zum Proletariat. Aber nicht nur das Proletariat wird in den herrschenden Verhältnissen ausgebeutet und unterdrückt. Im Zuge der Entwicklung hin zur post-industriellen Gesellschaft entstand außerdem der Begriff des Prekariats, der gesellschaftliche Gruppen wie einkommensschwache Selbstständige und Akademiker_innen in unsicheren Arbeitsverhältnissen beschreibt, die nicht Teil des Proletariats sind, aber trotzdem zur ökonomischen Unterschicht gehören. Auch diese Menschen haben ein objektives Interesse an der Überwindung des Kapitalismus. Eine weitere Säule des Kapitalismus stellt die Trennung von Produktions- und Reproduktionsarbeit dar. Der Begriff Reproduktionsarbeit bezeichnet die gesellschaftlich unsichtbare und unentgeltliche Arbeit zur Ermöglichung der Produktionsarbeit⁸, durch die täglich benötigte Regeneration der Arbeitskraft des einzelnen Arbeitenden. Diese Arbeit war in der industriellen Gesellschaft für die Frau vorgesehen und somit deutlichster Ausdruck patriarchaler Geschlechterverhältnisse. Auf Grund der eigenen Entwicklung des Kapitalismus und Errungenschaften sozialer Bewegungen hat der Sozialstaat einen Teil dieser Reproduktionsarbeit übernommen. Dennoch ist es weiterhin die Frau, die für den größten Teil der Reproduktionsarbeit, der Arbeit in Familie und Kindererziehung und dem Gebären von Kindern zuständig ist.

Des Weiteren ist die Frau im modernen Kapitalismus auf Grund der Verschiebung der Rollenzuschreibung innerhalb der Familie oftmals einer doppelten Ausbeutung durch Haus- und Erwerbsarbeit ausgesetzt. Dementsprechend existieren bis heute fest in den Köpfen verankerte Vorstellungen darüber, wie ein Mann beziehungsweise eine Frau zu sein hat.

8: **Produktionsarbeit:** Güter produzierende Arbeit

Diese Rollenbilder haben ihre Wurzel im gesellschaftlichen Konstrukt der Zweigeschlechtlichkeit. Unter diesem Konstrukt verstehen wir die gesellschaftliche Ideologie und Praxis, die Existenz vieler Geschlechter zu leugnen. So werden zum Beispiel intersexuelle Menschen in Deutschland, die bei ihrer Geburt nicht eindeutig als männlich oder weiblich einzuordnen sind, durch Zwangsverstümmelung einem der beiden Geschlechter zugeordnet.

Unter dem **Patriarchat** verstehen wir die Vorherrschaft des Mannes über die Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das Patriarchat gründet sich auf die Vorstellung der alleinigen Existenz der Geschlechter Mann und Frau, sowie die eindeutige Zuordnung jedes Menschen in eine dieser beiden Kategorien. Somit wird die Vielfalt der Geschlechter geleugnet. Fakt ist aber, dass zwischen dem biologischen und dem sozialen Geschlecht unterschieden werden muss, es eine Vielfalt an biologischen Geschlechtern gibt und es mehr gesellschaftlich anerkannte soziale Geschlechter als Mann und Frau geben sollte. Das soziale Geschlecht ist Produkt der Sozialisation⁹. Dies kann in der Theorie bedeuten, dass Menschen das soziale Geschlecht wechseln. Auch ist es möglich das biologische Geschlecht zu wechseln, z. B. durch operative Eingriffe oder hormonelle Behandlung. In der Praxis werden Menschen, die sich dieser patriarchalen Logik entziehen und z. B. ihr Geschlecht wechseln meist nicht als vollwertige Angehörige dieses Geschlechts und dieser Gesellschaft gesehen und in Folge dessen diskriminiert.

9: **Sozialisation:** Prägung durch gesellschaftliche Denk- und Gefühlsmuster durch Verinnerlichung sozialer Normen

Das Patriarchat, das auf dieser konstruierten Zweigeschlechtlichkeit beruht, ist ein Herrschaftssystem, das sämtliche materiellen wie sozialen Ressourcen bevorzugt an Männer verteilt. Dabei ist diese Ressourcenverteilung durchaus an Kriterien wie Klassenzugehörigkeit und ethnische Zuordnung gebunden (der arbeitende Mann hat mehr als die arbeitende Frau, aber weniger als der besitzende Mann). Ein weiteres tragendes Element der Herrschaft von Männern ist die soziale wie rechtliche Fremdbestimmung über den Körper, die Sexualität und die Lebensweise von Frauen. Dies zeigt sich beispielsweise am Paragraphen 218, der schwangeren Frauen das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper abspricht. Die soziale Kontrolle manifestiert sich im Alltag oft durch direkte sexistische Verhaltensweisen, aber auch durch die Vermittlung patriarchaler Werte und Normen z. B. durch Eltern, Schule und Medien.

Die Unterdrückung der Frau im Patriarchat zeigt sich auch im Umgang mit von Vergewaltigung Betroffenen, denen die Beurteilung des ihnen Widerfahrenen abgesprochen wird. Um sich vor dem Täter zu schützen, bleibt Betroffenen meist nur der Rückgriff auf patriarchale Strukturen wie Polizei und Justiz. Dies bedeutet in den meisten Fällen, dass Männer mit von Männern gemachten Gesetzen über andere Männer urteilen und die Betroffene sich dieser von männlicher Geschlechtersolidarität geprägten Struktur stellen muss, um überhaupt die Schuld des Täters beweisen zu können.

Das Patriarchat hat allerdings noch eine größere Dimension als die der Herrschaft des Mannes über die Frau. Patriarchale Verhaltensweisen sind zentraler Ausdruck eines die gesamte Gesellschaft durchziehenden patriarchalen Wertesystems. Dieses Wertesystem beinhaltet unter anderem die Höherbewertung von als typisch männlich angesehenen Attributen (Rationalität, Durchsetzungsvermögen) gegenüber solchen, die als typisch weiblich (Emotionalität, Fügsamkeit) gelten. Ein weiterer Teil dieses Wertesystems ist die trotz einiger Liberalisierungen vorherrschende Heteronormativität¹⁰.

10: **Heteronormativität:** Heterosexualität als soziale Norm

Diese äußert sich durch die Ablehnung jeglicher nicht-heterosexueller Orientierungen. Hier wird abermals deutlich, dass nicht nur Frauen unter dem Patriarchat leiden.

Das Patriarchat kann nur von Männern ausgehen, was aber nicht heißt, dass Frauen, die im Patriarchat sozialisiert wurden, diese Strukturen nicht durch ihr Verhalten weiter stützen können. (Beispiel: Weitergabe patriarchaler Werte durch Mütter an ihre Töchter)

Der dritte unsere Gesellschaft maßgeblich prägende Unterdrückungsmechanismus ist der **Rassismus**, d.h. eine Ideologie, eine Struktur und ein Prozess, mittels derer bestimmte Gruppierungen auf der Grundlage tatsächlicher oder zugeschriebener biologischer oder kultureller Eigenschaften als wesensmäßig andersgeartete und minderwertige «Rassen» oder ethnische Gruppen angesehen werden. In der Folge dienen diese Unterschiede als Erklärung dafür, dass Mitglieder dieser Gruppierungen vom Zugang zu materiellen und nicht-materiellen Ressourcen ausgeschlossen werden.

Der europäische Rassismus hat seinen Ursprung in der Kolonisation der nicht-europäischen Welt. Mit der Ankunft der ersten Europäer auf dem amerikanischen Kontinent wurde das Fundament für den modernen Kolonialismus gelegt. Hauptmotivation der europäischen Expansion in der sogenannten „Neuen Welt“ und später auf dem afrikanischen Kontinent war die Ausbeutung der dortigen Naturressourcen. Dies ging einher mit der Vertreibung, der teilweisen Versklavung, der Entrechtung und dem Völkermord an der dort lebenden „nicht-weißen“ Bevölkerung. Aufgrund eines Mangels an billigen Arbeitskräften begannen die europäischen Kolonisatoren mit der organisierten Verschleppung von Menschen aus Afrika und Asien, um sie in ihren Kolonien in Amerika und Afrika als Sklaven einzusetzen.

Um im Zeitalter der aufkommenden Aufklärung den Kolonialismus und die mit ihm einhergehende Entrechtung, Versklavung und Ermordung der Kolonisierten zu rechtfertigen, entwickelte sich die rassistische Idee der weißen Zivilisationsmission (The white man's burden). Ihr Grundgedanke bestand in der natürlichen

Überlegenheit des “kultivierten, intelligenten Weißen” im Gegensatz zum “wildem, tier-ähnlich dummen Schwarzen”.

Mit dem beginnenden 20. Jahrhundert wurde der rassistische Grundgedanke der weißen Zivilisationsmission durch pseudo-wissenschaftliche Theorien der sogenannten Rassenlehre erweitert oder abgelöst. Diese Theorien und die sich daraus ergebenden unterdrückerischen Überzeugungen fanden vor allem im Bürgertum weite Verbreitung. Sozialdarwinismus¹¹ und die angebliche Existenz verschiedener, mit unterschiedlichen Eigenschaften belegter „Rassen“, als auch deren Einordnung in ein Abstufungskonzept mit unterschiedlichen Wertigkeiten bildeten die Grundlagen dieses neuen, biologistischen¹² Rassismus. Global und historisch betrachtet führte dieser Rassismus beispielsweise zur Segregation¹³ in den USA, der Errichtung eines Rassestaats in der ehemaligen deutschen Kolonie “Deutsch-Südwestafrika” (heutiges Namibia) als Vorbild für das spätere Apartheidssystem¹⁴ in Südafrika und - vermischt mit einem eliminatorischen Antisemitismus - im Nationalsozialismus zu den Nürnberger Rassegesetzen¹⁵, einem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und gipfelte in der Shoa¹⁶. Mit der Befreiung vom deutschen Faschismus und dem Übergang zu einer bürgerlichen, parlamentarischen Demokratie in der BRD, verlor die Rassenlehre an gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und ihren Status als anerkannte Wissenschaft. Trotzdem finden Elemente dieser Ideologie weiterhin Anklang in großen Teilen der deutschen Bevölkerung z. B. in Form von rassistischen Stereotypen und Klischees. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der biologistische Ansatz vermehrt durch einen kulturell begründeten Rassismus ersetzt bzw. ergänzt. Hier wird der Begriff der Rasse durch das funktionale Äquivalent¹⁷ der Kultur ersetzt.

11: **Sozialdarwinismus:** veraltete Theorierichtung der Sozialwissenschaft, die Darwins Evolutionsbiologie auf menschliche Gesellschaften überträgt

12: **Biologismus:** Weltanschauung, die menschliche Verhaltensweisen und gesellschaftliche Entwicklungen vor allem durch biologische Gesetzmäßigkeiten zu erklären versucht

13: **Segregation:** „Rassentrennung“

14: **Apartheid:** Das System der „Rassentrennung“ in Südafrika im 20. Jahrhundert

15: **Nürnberger Rassengesetze:** Institutionalisierung der Trennung zwischen „Deutschen“ und „Juden“ 1935

16: **Shoa:** hebräisch „Unheil“ oder „große Katastrophe“, der nationalsozialistische Völkermord an den europäischen Jüd_innen

17: **Äquivalent:** hier soviel wie „gleichbedeutend“

Die Kultur wird zum alles bestimmenden Faktor im Leben, Denken und Handeln eines Menschen.

Dabei betrachtet der kulturelle Rassismus die verschiedenen Kulturen als quasi natürlich, unveränderlich und nicht ableibar und nicht als historisch gewachsene, sich permanent verändernde Ausdrucksform menschlichen Seins. Rassismus hat unterschiedliche Ausdrucksformen. Neben dem offensichtlichen Rassismus von Nazis, bekennenden Rassist_innen und Faschist_innen gibt es den Rassismus der bürgerlichen Mitte, der hauptsächlich aus kulturalistischen und sozialdarwinistischen Elementen besteht und sich zum Beispiel durch Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie¹⁸ äußert. Dieser Rassismus wird von staatlicher Seite geduldet, unterstützt, gefördert, manifestiert und institutionalisiert, z.B. in Form von rassistischen Sondergesetzen für Nicht-Deutsche. Auch im alltäglichen Leben finden Rassismen Ausdruck in Form von Sprache, vermeintlichen Witzen oder klischeebeladenen Bildern (z.B. in der Werbung oder Kinderbüchern).

Rassismus ist ein Instrument, das besonders in Kombination mit Nationalismus im Kapitalismus zur Herrschaftssicherung herangezogen wird. Aus wirtschaftlichen und sozialpsychologischen Gründen wird Rassismus zur Schaffung eines konstruierten, menschenverachtenden und ekelhaften Feindbildes genutzt und benutzt.

Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus: Unsere Aufgabe und unser Anspruch ist es, diese Logik der gesellschaftlich fest verankerten Mechanismen und Vorstellungen zu durchbrechen und zu bekämpfen. Unser Ziel ist es, durch alltägliche Intervention und revolutionäre Politik eine Perspektive zur Überwindung dieser unterdrückerischen, menschenverachtenden Verhältnisse zu schaffen.

18: **Islamophobie:** Hass/Angst auf/vor dem/den Islam/Muslim_innen

2.3 Bürgerliche Demokratie

Mit der Entwicklung des modernen Kapitalismus erkämpfte sich vor allem das wirtschaftlich bedeutender werdende Bürgertum demokratische Rechte gegenüber den vorherrschenden, feudalen Adelstrukturen, welche die ideologischen und politischen Grundlagen der heutigen bürgerlichen Demokratien bilden. Im Zuge dieser Entwicklung fanden einige fortschrittliche Elemente Eingang in das System des bürgerlichen Staates, z. B. Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, etc. Die parlamentarische Demokratie bietet gegenüber anderen politischen Systemen durchaus Elemente der Mitbestimmung an, welche sich am deutlichsten in freien, gleichen und geheimen Wahlen zum Parlament zeigt (An diesen Wahlen können allerdings nur „Deutsche“, sprich Menschen mit den entsprechenden Papieren, teilnehmen. „Nichtdeutsche“ sind von diesem Prozess ausgeschlossen, obwohl diese Menschen zum Teil schon jahrelang hier leben.). Hier bestimmt der Souverän, das Volk¹⁹, angeblich den Lauf der Dinge im Staat.

Allerdings ist der wichtigste Bereich der Gesellschaft, die Ökonomie - also die Produktion und Verteilung von Gütern - von diesem Mitbestimmungsprozess ausgeschlossen. Das Eigentum an Produktionsmitteln und die daraus erwachsende gesellschaftliche Machtposition, die grundsätzliche Ausbeutung der Lohnabhängigen durch die besitzende Klasse steht in der parlamentarischen Demokratie nicht zur Debatte.

Im Gegenteil: Aufgabe des bürgerlichen Staates ist das Gewährleisten kapitalistischen Wirtschaftens, er ist die momentan in Westeuropa vorherrschende und in Zeiten relativen „Sozialen Friedens“ bevorzugte politische Organisationsform des Kapitalismus.

19: Es muss erwähnt werden, dass wir wegen der geschichtlichen Vorbelastung den deutschen Begriff des „Volkes“ nicht unreflektiert benutzen wollen, ihn aber im Zusammenhang mit der bürgerlichen Demokratie und dem sich hier daraus ergebenden Kontext verwenden.

Der Staat stellt die nötige Infrastruktur und allgemeinen Regeln auf, auch gegen die Interessen einzelner Kapitalist_innen, aber niemals gegen das Gesamtinteresse der besitzenden Klasse.

Eine Beteiligung an und Ausrichtung auf den Parlamentarismus lehnen wir aus verschiedenen Gründen ab. Zum Einen ist eine starke revolutionäre, außerparlamentarische Bewegung nötig, um langfristig eine gesellschaftliche Alternative, die auf nicht - staatliche Organisationsformen baut, zu etablieren. Andererseits sehen wir die integrative Kraft des parlamentarischen Systems, welche auch Menschen mit den besten Absichten und Überzeugungen spätestens in der Regierungsverantwortung zu „Real-Politik“ im kapitalistischen Normalbetrieb zwingt.

Obwohl die Einflussmöglichkeiten der Nichtbesitzenden beschränkt sind, stellen die sogenannten „demokratischen Grundrechte“ eine Errungenschaft gegenüber einigen anderen möglichen Organisationsformen des Kapitalismus dar, die es zum Teil in bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen als Ausgangsbasis revolutionärer Politik zu verteidigen gilt. Denn vor allem in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Krisen steigt die Akzeptanz autoritärer Politikkonzepte bis hin zum Faschismus zur Macht- und Eigentumssicherung durch die herrschende Klasse.

2.4 Faschismus

Faschismus bezeichnet eine politische Ordnung im Kapitalismus, die folgende Wesensmerkmale in sich vereinigt: Nationalismus, Antisozialismus, (oft imperialistische) Kriegs- und Gewaltverherrlichung, eine gesamtgesellschaftliche Orientierung auf das Führerprinzip (meist kombiniert mit einem ausgeprägten Personenkult), eine Verherrlichung des patriarchalen Männerideals und einen Hass auf alles Demokratische.

Zu der Frage, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen Faschismus entsteht bzw. eine faschistische Bewegung erstarkt, haben wir keine einheitliche, vollständige Erklärung. Keine der existierenden Faschismus-Theorien bietet unserer Meinung nach eine solche Erklärung für so komplexe Fragen wie die nach den Bedingungen der Entstehung verschiedener faschistischer Systeme. Trotzdem sind wir der Überzeugung einige allen Faschismen zugrundeliegenden Faktoren bestimmen zu können. Dazu zählt unbedingt die wirtschaftliche und politische Situation einer Gesellschaft. Krisen, vermeintliche oder tatsächliche Bedrohungen der Verhältnisse durch einen inneren oder äußeren „Feind“ und soziale Spannungen begünstigen die Akzeptanz autoritärer Politik und nationalistischer Propaganda in allen Teilen der Gesellschaft, was sich im Laufe der Geschichte die jeweiligen nationalen Eliten, d.h. die besitzende Klasse zur Herrschafts- und Profitsicherung zu Nutze gemacht hat. Dieses Verhältnis von bröckelndem Sozialen Frieden und autoritärer Formierung ist weithin zu beobachten und deutet die Entwicklung bürgerlicher Demokratien in Krisenzeiten an. Insbesondere faschistische Ideologien versuchen in solchen Zeiten ein Gefühl von Sicherheit und Stärke zu konstruieren. Allerdings reicht die Situation der Krise alleine nicht aus. Ein wichtiges Element im Faschismus ist das Feindbild, der Sündenbock. Erst der Hass auf den Feind bildet den gesellschaftlichen Kitt, der die ökonomischen und sozialen Klassengrenzen der nationalen oder rassischen Gemeinschaft hinter ideologischer Verblendung verschwinden lässt. Kommen diese Faktoren in einer militarisierten Gesellschaft zusammen, wird der Faschismus eine gesamtgesellschaftliche Bedrohung.

Wir betrachten den Faschismus als die reaktionärste und menschenverachtendste Organisationsform einer Gesellschaft, die es um jeden Preis zu verhindern gilt. Darum steht ein konsequenter Antifaschismus nicht zur Diskussion, sondern ist immer eine Selbstverständlichkeit.

2.5 Nationalismus

Nationalismus ist in fast allen heute existierenden Gesellschaftsformen ein Instrument zur Sicherung von Herrschaft. Dabei bedeutet Nationalismus einen überhöhten Bezug zu der Nation, der man vermeintlich angehört, und damit einhergehend eine abgrenzende, abwertende Haltung gegenüber anderen Nationen. Hier besteht auch der begriffliche Unterschied zum Patriotismus, welcher meist ausschließlich die Vorzüge der eigenen Nation hervorhebt (z.B. Verfassungspatriotismus). So kann sich Patriotismus etwa auch auf soziale Errungenschaften oder auch auf "Multikulturalität" beziehen. Es ist aber wichtig zu erkennen, dass die Grenzen zwischen Patriotismus und Nationalismus de facto fließend und teilweise nicht existent sind. Nationalismus ist ein Phänomen der Moderne. Er hat seine Wurzeln in der Französischen Revolution und erfuhr spätestens ab Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa einen Schub, in dessen Folge sich der bisher eher inklusiv auftretende Nationalismus zu einem ausschließenden, exklusiven wandelte. Dieser exklusive Nationalismus, der die angeblichen Eigenschaften der eigenen Nation höher bewertet als die anderer Nationen, diente zur Legitimation imperialistischer Angriffe auf andere Nationen und löste eher religiös, später rassistisch begründete Vorwände zur Kolonisierung anderer Völker ab bzw. ergänzte diese. Des Weiteren ist Nationalismus ein wichtiges Instrument zur Spaltung der unterdrückten Bevölkerungsschichten. Er dient zur Sicherung der Herrschaft der besitzenden Klasse insofern, als das er geeignet ist, soziale Konflikte oder politische Missstände durch z.B. mediale Fixierung auf angebliche Unterschiede zwischen Angehörigen der Nation und anderen Gruppen der Gesellschaft zu überdecken oder davon abzulenken. Für linke Bewegungen ist es wichtig, die Nation als das hinzustellen, was sie eigentlich ist: ein Konstrukt, geschaffen zur Sicherung kapitalistischer Interessen. In diesem Zusammenhang ist außerdem klarzustellen, dass "Nationalgefühle" nichts mit der Realität zu tun haben. Unter diesen Voraussetzungen ist klar, dass es für linksradikale Bewegungen mit Nationalismus nur einen vernünftigen Umgang geben kann: seine Bekämpfung.

2.5.1 Nationale Befreiungsbewegungen

Eine Besonderheit stellen nationale Befreiungsbewegungen dar, wobei hier die Bezeichnung "national" an sich schwierig ist, geht es doch um soziale und ökonomische Befreiung einzelner Gruppen, die aufgrund ihrer angeblichen Zugehörigkeit zu einem "Volk" in verschiedenen Wegen unterdrückt werden. Unter diesen Voraussetzungen ist es nachvollziehbar, dass diese Gruppen versuchen, sich auch unter Bezugnahme auf kulturelle oder sprachliche Besonderheiten in ihrer Region zu befreien. Solange diese Bewegungen dabei emanzipatorische Ziele verfolgen und diesen Ansprüchen auch versuchen, den Umständen entsprechend gerecht zu werden - wie es zum Beispiel in der kurdischen Bewegung der Fall ist - sollte sich eine revolutionäre Bewegung zumindest in kritischer Solidarität zu diesen Menschen befinden.

2.6 Imperialismus

Mitte des 19. Jahrhunderts erreichten die Industrialisierung und Entwicklung des Kapitalismus ein Stadium, welches die europäischen Staaten zunehmend in ökonomische Konkurrenzkämpfe trieb.

Die zeitliche Epoche der „Aufteilung der Welt“ um Ressourcen und Lebensraum wird als *Kolonialismus* verstanden, das Großmachtstreben der Nationen als *Imperialismus*.

Imperialistisches Großmachtstreben existiert seit dem Altertum und kann ohne Zweifel auch losgelöst vom Kapitalismus funktionieren, beziehungsweise immer unterstützend zur Sicherung auch anderer Interessen und Ideologien wirken.

Im Zusammenhang mit dem Kapitalismus und Kolonialherrschaften funktionierte der Imperialismus dabei als Herrschaftsinstrument vor allem westeuropäischer Nationen, um die Sicherung ökonomischer und geopolitischer Interessen zu gewährleisten. Durch die gewaltsame Vertreibung und Versklavung der in den kolonisierten Gebieten lebenden Menschen, sowie durch systematische Ausbeutung der Ressourcen und Bodenschätze, war der Kolonialismus maßgebend für die ökonomische Entwicklung westeuropäischer Nationen.

Spätere Folgen des Kolonialismus sind heute unter anderem am Beispiel des Afrikanischen Kontinents stark wahrnehmbar. Willkürlich gezogene Grenzen und völlig verarmte Bevölkerungsmassen bilden immer wieder die Grundlage für Konflikte und Bürgerkriege.

Heute mündet der Imperialismus nicht mehr direkt im offenen Kolonialismus.

Den Imperialismus kritisieren wir nach wie vor als einen elementaren Herrschaftsmechanismus, dessen der Kapitalismus sich bedient. Als solcher äußert er sich insbesondere in direkter Einflussnahme auf politische und wirtschaftliche Strukturen weltweit. Unter dem Deckmantel, „demokratische Errungenschaften“ voranzutreiben, dienen politische und militärische Interventionen bis heute dazu, wirtschaftliche und geostrategische Interessen zu schützen, beziehungsweise neue ökonomische Faktoren (Rohstofferschließung, Absatzmärkte, Billiglohnländer) zu schaffen. Die Unterstützung regressiver, autoritärer Regime aus eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen entlarvt das Anliegen, „Freiheit und

Demokratie“ zu verbreiten, als Farce.

Hier muss eine Analyse und Kritik des Kolonialismus, seinen Folgen und Auswirkungen vor allem im Zusammenhang mit der heutigen Entwicklungshilfepolitik, allerdings auch eine Auseinandersetzung mit aktuellen Konflikten im Nahen Osten erfolgen.

Wichtig für eine revolutionäre Bewegung ist, den Imperialismus als kapitalistischen Herrschaftsmechanismus zu begreifen und nicht unreflektiert traditionell antiimperialistische Theorien zu reproduzieren, nach welchen der Imperialismus die Aufteilung der Welt an einige Wenige nach sich zieht, die ihre Macht auf dem Finanzkapital gründen und letztlich „die Welt durch den Kapitalismus beherrschen“. Im Zusammenhang mit traditionellem Antiimperialismus darf sich der Diskussion um antisemitische Denkstrukturen nicht entzogen werden. Sie muss offen geführt werden, eben weil diese Denkstrukturen in der globalisierungskritischen Bewegung als „neuer Internationalismus“ auf breiter Basis aufgegriffen werden.

Gruppen, die reaktionäre Widerstände unterstützen, bilden keine Basis für einen emanzipatorischen Antiimperialismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen nationalen Befreiungsbewegungen ist notwendig. Gerade in Deutschland führte eine oft unreflektierte Auseinandersetzung mit der Problematik zu offenen Konflikten und Spaltungen innerhalb der Linken und der teilweisen Abkehr vom Antiimperialismus ganzer Strömungen.

Wichtig an dieser Stelle ist, dass dem Imperialismus sein elementarer Charakter für den Kapitalismus nicht aberkannt wird. Denn auch umgekehrt führte die positive Bezugnahme auf bestimmte Nationen und auf diverse Kriegseinsätze zu einer Ausblendung des Imperialismus als kapitalistischen Herrschaftsmechanismus. Das bürgerliche Dogma, „Freiheit und Demokratie“ verteidigen und verbreiten zu wollen, wurde von Teilen linker Strömungen aufgegriffen und stellt keine Basis für eine emanzipatorische, sozialrevolutionäre Politik dar.

Ein emanzipatorischer Antiimperialismus muss einen breiten Konsens finden und sich in internationalistischer Theorie und Praxis wiederfinden, denn der Kampf gegen Imperialismus ist selbstverständlicher Bestandteil linker Politik.

2.7 Antisemitismus

Antisemitismus bezeichnet eine feindselige bis hasserfüllte Einstellung gegenüber Jüd_innen.

Schon im Mittelalter wurden Jüd_innen vielerorts unterdrückt, verfolgt und getötet. Dieser Antijudaismus war vorwiegend religiös begründet, Juden wurden als Schuldige am Tod Jesu Christi dargestellt und als Sündenböcke für Seuchen, Missernten oder Naturkatastrophen diffamiert. Juden und Jüdinnen wurden gesellschaftlich ausgegrenzt, es war ihnen untersagt ein "ehrbares" Handwerk auszuüben. Handel und Geldgeschäfte war ihnen jedoch erlaubt. Dies wiederum wenn sie Erfolgreich waren Neid hervorrief, welcher oftmals in Judenhass umschlug.

Dieser sozioökonomisch begründete Antisemitismus mit seinen Klischee vom "raffenden, geldgierigen Juden" zieht sich bis heute durch Teile der Gesellschaft. Dazu kam ab dem späten 19. Jh. ein immer stärker rassistisch motivierter Antisemitismus, der seinen Höhepunkt im Nationalsozialismus fand. Diese Stereotypen wurden durch Antisemiten in immer wieder abgewandelter Form benutzt um in jeder Situation das gewünschte Feindbild parat zu haben. Dabei wurde den Jüd_innen mal die Schuld am Kapitalismus, mal die Schuld am Kommunismus gegeben. Ihre "jüdische Gefahr" bestand hier in ihrem Reichtum, dort in in ihrer Armut. Mal waren Juden "geschickt im Versteckspiel", mal schon an ihrer Nase zu erkennen.

Der Antisemitismus konstruiert so eine Menge Vorurteile und Mythen gegenüber Jüd_innen , die sie nicht als unterlegen, sondern als "immense Bedrohung" darstellen, die es zu vernichten gilt. Dieser unbedingte Vernichtungswille resultierte in antisemitischer Konsequenz in der Shoah. Über 6 Millionen Jüd_innen wurden durch die Verbrechen der deutschen Faschist_innen umgebracht. Nach dem Sieg der Alliierten über Nazi-Deutschland verlor offener Antisemitismus größtenteils seine Gesellschaftsfähigkeit, trotzdem hielten sich antisemitische Klischees und Denkmuster in weiten Teilen der Gesellschaft, so werden noch heute 20% der deutschen Bevölkerung als zumindest latent antisemitisch eingeschätzt. Vor allem vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sehen wir es als eine

unserer Aufgaben an, jeglichen Antisemitismus konsequent zu bekämpfen. Dies bezieht sich nicht nur auf offene Antisemit_innen und Neonazis, sondern auf alle Teile der Gesellschaft. So gibt es zum Beispiel seit Ende des zweiten Weltkriegs eine Form des Antisemitismus, die als „sekundärer Antisemitismus“ bezeichnet wird. Dieser schreibt Jüd_innen eine Mitschuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus zu, motiviert wird dieses Argumentationsmuster meist von einer Unfähigkeit, sich die deutsche Schuld an der Shoah einzugestehen. Der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex fasste diesen „sekundären Antisemitismus“ mit dem bezeichnenden Satz „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen“
zusammen.

Antisemitismus artikuliert sich heute oftmals unter dem Deckmantel des Antizionismus, wenn der Begriff der Zionist_innen, beispielsweise in Verschwörungstheorien, synonym zum Begriff der Jüd_innen verwendet wird. Uns ist bewusst, dass es Personen gibt, die sich selbst als „Links“ bezeichnen, gleichzeitig aber antisemitischen Vorstellungen anhängen. Wir halten fortschrittliche, linke Politik für absolut unvereinbar mit antisemitischen Denkmustern.

Damit einhergehend wenden wir uns explizit auch gegen sogenannten „strukturellen Antisemitismus“, mit dem Widersprüche im Kapitalismus mit antisemitischen Vorurteilen und Denkmustern erklärt werden sollen. Im strukturellen Antisemitismus wird, nach der faschistischen Parole vom „schaffenden“ und „raffenden Kapital“, zwischen dem „schaffenden Kapital“, also der Produktionssphäre²⁰, und dem „raffenden Kapital“, der Zirkulationssphäre²¹ des Kapitalismus unterschieden. Hierbei wird das „schaffende Kapital“ als positive, ehrliche Arbeit dargestellt, das „raffende Kapital“ hingegen als von wenigen Strippenziehern kontrollierte Verschwörung zur Ausbeutung der Welt.

20:**Produktionssphäre:** Die direkt produzierende Sphäre des Kapitalismus, also z.B. Fabriken oder Handwerksbetriebe

21:**Zirkulationssphäre:** Die Sphäre des Kapitalismus, in der nur Handel getrieben aber nicht produziert wird, also z.B. die Börse oder das Bankwesen

Diese Strippenzieher sind in strukturell antisemitischen Erklärungen mit antisemitischen Stereotypen dargestellte Bankiersfamilien oder Einzelpersonen. Wir sind der Auffassung, dass Kapitalismuskritik einer tiefgehenden Analyse bedarf. Die Ursache für Ausbeutung und Unterdrückung liegt in einem komplexen System und nicht bei einzelnen Personen. Personalisierte Kapitalismuskritik ist verkürzt und kann in Teilen Anknüpfungspunkte für antisemitische Tendenzen bieten.

3. Für eine sozialrevolutionäre Perspektive

Obwohl die Erkenntnis, dass die radikale Linke sich in einem gesellschaftlich isolierten Bereich bewegt bzw. befindet, nichts Neues darstellt, ist es uns wichtig aus diesem Grund, zu diesem Zeitpunkt eine Organisation aufzubauen, die sozialrevolutionäre Inhalte in die Gesellschaft trägt.

Wir wollen den "Sumpf" der "Szene" hinter uns lassen, in dem unsere Aktionen und Inhalte nicht nur auf die „Szene“ ausgerichtet sind, sondern auf die Gesellschaft, um diese zu verändern.

Auch wir kommen aus der linksradikalen „Szene“, welche wir in unsere Arbeit einbeziehen und zu einem Teil einer ernsthaften sozialen, revolutionären Bewegung werden lassen wollen.

Unsere Politik richtet sich primär an die Menschen, die ein objektiv großes Interesse an einer revolutionären Veränderung der Verhältnisse haben. Das heißt die Menschen, die tagtäglich einer Unterdrückung und sozialen Ausgrenzung, verursacht durch die herrschende Ordnung, ausgesetzt sind.

Wir wenden uns an die zahlreichen Migrant_innen, die täglich mit dem rassistischen Normalzustand unserer Gesellschaft konfrontiert sind, an die Millionen Menschen, die den menschenverachtenden Schikanen der Arbeitsämter und Ausländerbehörden ausgesetzt sind. Wir wenden uns an die lohnabhängige Klasse, die mit immer niedrigeren Löhnen und zeitgleich mit steigenden Lebensunterhaltskosten zu kämpfen haben, an die Menschen, welche durch die profitorientierte Stadtentwicklung aus ihrem bisherigen Umfeld und Viertel gerissen werden. Wir wenden uns an die Menschen, die auf Grund ihres Geschlechts und des patriarchalen Wertesystems ausgegrenzt und unterdrückt werden, an die Jugendlichen, die zwischen der vergeblichen Suche nach einem Ausbildungsplatz und staatlicher Repression in einem perspektivlosen, grauen Alltag gefangen sind.

Wir verstehen uns als interventionistisch. Das heißt, dass wir uns aktiv mit emanzipatorischen, revolutionären Inhalten in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Konflikte einmischen und einbringen wollen. Auch soziale Bewegungen und Bündnisse, die reformistische Ziele verfolgen, sind Ziel

unserer Intervention, um dort revolutionäre Inhalte zu vertreten und reaktionären Tendenzen entgegenzuwirken.

Linke Politik muss greifbar sein um Menschen durch Teilerfolge, wenn auch nur kurzzeitig, zu zeigen, dass ein Leben ohne Herrschaft, Unterdrückung und kapitalistische Verwertungslogik möglich ist. Unserer Arbeit muss, gemeinsam mit anderen linken revolutionären Organisationen und Menschen, im Hier und Jetzt geschehen. Fortschrittliche Errungenschaften und Freiräume müssen verteidigt und ausgebaut werden.

Wir sind eine spektrenübergreifende und undogmatische Organisation. Ziel ist es, durch kontinuierliche theoretische und praktische Arbeit eine breite Gegenöffentlichkeit und somit eine starke linksradikale revolutionäre Bewegung entwickeln. Dadurch soll eine revolutionäre Perspektive entstehen, die wir so im Moment nicht sehen. Durch politische Bildung, Propaganda und Aktionen wollen wir, gemeinsam mit Anderen, möglichst viele Menschen erreichen, unsere Standpunkte möglichst weit verbreiten, eine Akzeptanz dieser schaffen und somit die Linke wieder handlungsfähig und revolutionäre Politik zu einer gesellschaftlich relevanten Kraft werden lassen. Nur durch die Überwindung der Marginalisierung der radikalen Linken lässt sich eine offensichtliche revolutionäre Perspektive, die das Bestehende in Frage stellt, entwickeln.

Keine Alternative zur Revolution! Für die befreite Gesellschaft!

Stand 20.02.2012, Hamburg.